

2257 (V) HHA

Haushaltsantrag
öffentlich

Konzept zur Dynamisierung der Förderung von Einrichtungen und freien Träger*innen Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 15. November 2023

Datum

15.11.2023

Beratungsfolge	Geplante Sitzungstermine	Zuständigkeit	Abstimmung				
			Laut Vorschlag	abweichend	Ja	Nein	Enthaltung
Ausschuss für Organisation, Personal, Finanzen und Digitalisierung	07.12.2023	Vorbereitung					
Regionsausschuss	12.12.2023	Vorbereitung					
Regionsversammlung	19.12.2023	Entscheidung					

Beschlussvorschlag der Fraktion/Gruppe

Seite Entwurf (Produktdarstellung ab Seite 223 ff.)	Teilhaushalt Nr. / Bezeichnung
Seite 885	Teilhaushalt 20 Finanzen

Die Verwaltung wird gebeten, bis zum Beginn der Beratungen über den Haushalt für das Jahr 2025 ein Konzept vorzulegen, wie die Förderung von Einrichtungen und freien Träger*innen in der Region Hannover dynamisiert werden kann. Ziel ist es, dass alle geförderten Einrichtungen gleichermaßen eine automatische Erhöhung der Fördersumme zum Ausgleich insbesondere von Inflation und Tarifsteigerungen erhalten. Das Konzept soll die in einigen Bereichen bereits bestehende Förderpraxis berücksichtigen und darauf aufbauend verschiedene Szenarien aufzeigen.

Sachverhalt

Die Region Hannover fördert unterschiedlichste Einrichtungen der sozialen Infrastruktur, z.B. Frauen- und Mädchenberatungsstellen, Einrichtungen der AIDS-Hilfe, der Wohnungslosenhilfe, der Jugendarbeit oder für Menschen mit Behinderungen.

In einigen Bereichen gewährt die Verwaltung bereits eine Dynamisierung, sodass die Förderbeträge in regelmäßigen Abständen zum Ausgleich von Inflation und Tarifsteigerungen automatisch erhöht werden, ohne dass die Einrichtungen diese Erhöhungen beantragen müssen. In anderen Bereichen wiederum gibt es die

Möglichkeit der Dynamisierung bisher nicht, Anträge auf Erhöhung der Förderung werden jedoch bei nachgewiesenen Kostensteigerungen in der Regel gewährt. Hier erscheint ein einheitliches Verfahren sinnvoll, von dem alle Einrichtungen und freien Träger*innen gleichermaßen profitieren. Sowohl die Verwaltung, als auch die geförderten Einrichtungen werden dadurch von unnötigem Verwaltungsaufwand entlastet.

Anlage/n

Keine